



**Niederschrift
zur 15. Sitzung
des Schulausschusses
am 12.10.2017**

um 18:00 Uhr im Mensa der Gesamtschule (Brink 1)

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Fragen zu TOP 5 bezüglich der Realschule;
hier Fragen von Einwohnern
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 13.06.2017
- 3 04 - 16 1237/2017 Information über das „Klever Schulmodell“
- 4 04 - 16 1238/2017 Klassenbildung an Grundschulen gem. 8. Schulrechtsänderungsgesetz;
hier: Vorabinformation über zu bildende Eingangsklassen für das Schuljahr 2017/18
- 6 04 - 16 1240/2017 Information über die Schulbaumaßnahmen in Emmerich;
hier: Leegmeerschule
- 7 04 - 16 1244/2017 Antrag auf einen regelmäßigen Projektstatusbericht Gesamtschule;
hier: Antrag Nr. XXV/2017 der CDU-.Ratsfraktion
- 8 Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Situation Europaschule;
hier: Anfragen
- 9 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Elisabeth Braun

Die Mitglieder

Herr Ludger Gerritschen, Vertretung für Sultan Seyrek
 Frau Irmgard Kulka
 Frau Marianne Lorenz
 Herr Botho Brouwer als Vertretung für Herbert Ulrich
 Frau Andrea Schaffeld
 Frau Sandra Bongers
 Herr Maik Leypoldt
 Herr Thomas Meschkapowitz

Sachkundige Bürger

Frau Anni Armasow
 Frau Karin Roes Vertretung für Karin Heering
 Frau Nadja Scherer
 Herr Ralf Deller
 Frau Anne Leypoldt Vertretung für Sigrid Weicht
 Frau Hermine Swhajor
 Herr Norbert Malischewski
 Frau Cornelia Wolters

Beratende Mitglieder

Frau Birgit van Driel
 Frau Christiane Feldmann
 Frau Inge Hieret-McKay
 Herr Hans-Jürgen Oimann
 Herr Jürgen Straetmans

von der Verwaltung

Herr Peter Hinze	Bürgermeister
Herr Andreas Abels	
Herr Arnfried Barfuß	
Frau Nadine Bremer	
Herr Stephan Glapski	
Frau Linda Koenzen	
Herr Dirk Loock	
Frau Gabriele Niemeck	
Herr Jannik Visser	Schriefführer

Als Gast

Herr Bieber	ehemals Fa. Komplan
-------------	---------------------

Im Vorgang zur Sitzung findet von 17:10 Uhr bis 18:00 Uhr eine Besichtigung der Räumlichkeiten der Gesamtschule unter Führung von Frau Feldmann statt.

Die Vorsitzende Braun eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Die Vorsitzende Braun vereidigt Frau Anne Leypoldt zur vertretenden sachkundigen Bürgerin des Schulausschusses der Stadt Emmerich am Rhein und lässt im nachfolgenden die Niederschrift über die Verpflichtung als vertretende sachkundige Bürgerin unterschreiben.

Die Vorsitzende Braun stellt eine Anmerkung zur Tagesordnung fest und erteilt Mitglied Bongers das Wort.

Mitglied Bongers stellt den Antrag nach Geschäftsordnung den Tagesordnungspunkt

- 5: 04 – 16 1239/2017 Umfrage und Informationsveranstaltung bezügl. der Realschule;
hier: Eingabe Nr. 10/2017 der Bürgerinitiative „Freunde der
Realschule“

in die nächste Schulplanungskommission zu verweisen. Im Vorfeld wurden alle Punkte in Bezug auf Gründung der Gesamtschule und Schließung der Realschule in der Schulplanungskommission besprochen. Aktuell liegen noch einige ungeklärte Fragestellungen zur Vorlage vor, welche nicht alle in der heutigen Sitzung behandelt werden können, so dass zufriedenstellend ein Entschluss gefasst werden könne.

Die Vorsitzende Braun lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss

Der Schulausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt

- 5: 04 – 16 1239/2017 Umfrage und Informationsveranstaltung bezügl. der Realschule;
hier: Eingabe Nr. 10/2017 der Bürgerinitiative „Freunde der
Realschule“

an die Schulplanungskommission nach Geschäftsordnung zu verweisen.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen 0

Die Schulplanungskommission tagt am 15.11.2017 um 17:00 Uhr.

Die Vorsitzende entlässt Herrn Bieber von der Sitzung des Schulausschusses.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Fragen zu TOP 5 bezüglich der Realschule; hier Fragen von Einwohnern

Die Vorsitzende Braun erklärt das Prozedere für die Einwohnerfragestunde und weist darauf hin, dass im Anschluss keine weiteren Fragen während der Sitzung gestellt werden dürfen. Im Nachhinein können unter TOP 9 jedoch wieder Fragen gestellt werden.

Herr Hans-Joachim Büscher ergreift das Wort zu Tagesordnungspunkt 5 und fragt an, ob die Schulplanungskommission ebenfalls öffentlich ist.

Die Vorsitzende Braun teilt mit, dass die Sitzung der Schulplanungskommission nicht öffentlich gehalten wird und weist Herrn Büscher darauf hin, dass nur zwei Fragen pro Einwohner gestellt werden dürfen. Die Frage nach der Öffentlichkeit der Schulplanungskommission wird nicht als Frage gewertet.

Herr Büscher zitiert aus dem Schreiben der FDP: „Gleichbehandlung aller Schulformen. Die FDP Landtagsfraktion sowie die Landesregierung sehen die Wiederherstellung der Gleichbehandlung aller Schulformen als einen wichtigen Aspekt in der Schulbildungspolitik des Landes NRW an“.

Ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag: „Wir wollen die Gleichbehandlung aller Schulformen wiederherstellen.“

Weiteres Zitat: „Im ländlichen Bereich können Sekundarschule, genauso wie Realschulen und Gymnasium zweizügig weitergeführt werden.“ Zitat aus dem Schreiben des Herrn Haupt: „Für Emmerich sehe ich es als geeignetes Mittel, eine Umfrage zur Erhebung des Bedarfes einer Realschule durchzuführen. Oberes Ziel eines solchen Vorhabens muss sein, dass sich auch die Wünsche der Bevölkerung in der Schullandschaft widerspiegeln.“

Herr Büscher bittet um Stellungnahme der Ausschussmitglieder zur Haltung der Stadtverwaltung, welche laut Fazit keinen Änderungsbedarf in der Schullandschaft trotz der 867 Bürgerunterschriften sieht und bei Notwendigkeit die Schulen außerhalb von Emmerich als Alternative darstellt.

Bürgermeister Hinze empfiehlt, die Gespräche mit den Fraktionen direkt zu führen, da es sich um eine Einwohnerfragestunde handelt und keine Diskussion geführt werden soll.

Herr Büscher bittet um Bestätigung der Fraktionen im Beisein der Presse, da es sich um ein öffentliches Thema handelt und hierzu offenkundig Bürger erschienen sind, welche ein Ergebnis zu dieser Angelegenheit wünschen.

Bürgermeister Hinze stellt es den Fraktionen frei, zu diesem Thema Stellung zu beziehen. Eine Behandlung im Schulausschuss sei jedoch nicht der richtige Ort für diese Diskussion und sollte direkt im Gespräch mit den Fraktionen geführt werden. Im Beisein der Presse oder nicht.

Mitglied Malischewski spricht für die Fraktion UWE vor und erklärt, dass die Bürgerinitiative (BI) zu Gast war und ausführliche Gespräche geführt wurden. Ein geändertes Ergebnis wurde jedoch nicht gefasst und die Fraktion bleibe bei der Entscheidung aus der Fraktionssitzung.

Mitglied Meschkapowitz führt an, dass damals eine sehr lebhaft Diskussions zur Einführung der Gesamtschule geführt wurde. Die BSD bekannte sich damals als erste Gruppierung für die Gesamtschule. Im vorliegenden Sachverhalt ist der Elternwille ausschlaggebend. Dieser wurde bei der Einführung der Gesamtschule, so wie er in § 81 Schulgesetz definiert ist, eingehalten und führte zur Gründung der Gesamtschule im Einklang mit der Bezirksregierung. Mitglied Meschkapowitz hält fest, dass die Realschule eine gute Schule war, man aufgrund der Änderung in der Schullandschaft negativ einer Neugründung der Realschule gegenüberstünde.

Durch die Neugründung einer Realschule würde die Gesamtschule nur noch ein Stückwerk darstellen und die ermöglichte Oberstufe nicht mehr zustande kommen.

Dies stellt auch die Erklärung, weshalb die Bezirksregierung konkludent die Auflösung von Haupt- und Realschule durchgesetzt hat.

Die Vorsitzende Braun unterbricht Mitglied Meschkapowitz, da der Schulausschuss zu weit in die Diskussion abweicht.

Mitglied Leypoldt hält fest, dass die BGE die Verweisung in die Schulplanungskommission unterstützt, da man einer einfachen Abweisung der Anfrage nicht gefolgt wäre. In der Verwaltungsvorlage fehle die Stellungnahme der Bezirksregierung und der auslaufenden Realschule. Die BI sei ernst zu nehmen und man solle lieber mit Sorgfalt statt Eile arbeiten. Hierfür sei die Schulplanungskommission der richtige Ort.

Mitglied Schaffeld teilt mit, dass die Fraktion sich ausgiebig mit der Eingabe beschäftigt und auch Gespräche mit Herrn Büscher geführt hat. Die Fraktion bleibe jedoch bei ihrer Meinung. Für den Elternwillen gibt es ein gesetzlich definiertes Verfahren zur Errichtung einer Schule. Dieses Verfahren wurde bei der Gründung der Gesamtschule eingehalten. Es bleibt festzuhalten, dass es aktuell eine neue Generation an Eltern gebe, aber man könne nicht eine Befragung gegen eine Schule, welche sich noch im Aufbau befindet, durchführen, welche diese in ihren Grundmauern erschüttert. Als negatives Beispiel fungiere die Stadt Kleve. Dies sei keinem Kind aus Emmerich zuzumuten. Die fachliche Diskussion in der Schulplanungskommission wird begrüßt.

Mitglied Bongers teilt mit, dass bei dem Antrag bereits alle relevanten Gründe genannt wurden.

Herr Beckschaefer fragt Mitglied Meschkapowitz, ob in der damaligen Befragung nicht alle Einwohner hätten befragt werden müssen und nicht nur die Eltern von 2-3 Zügen.

Die Vorsitzende Braun leitet die Frage an den Bürgermeister weiter.

Bürgermeister Hinze erläutert, dass die Befragung gesetzlich vorgeschrieben ist.

Herr Beckschaefer fragt an, ob sich diese gesetzlichen Voraussetzungen geändert haben.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass sich die Vorschriften unter der neuen Landesregierung nicht geändert haben.

Mitglied Meschkapowitz ergänzt, dass es sich um das Schulgesetz NRW handelt und dies nur beim Landtag geändert werden kann. Somit ist Emmerich nicht der richtige Ort dies zu ändern. Bei einer Neugründung müsste das Gesetz ebenfalls befolgt werden.

Frau Anke Silke spricht vor und erklärt, dass sie zu dem Teil der Eltern gehört, die damals befragt wurden. In den Informationsveranstaltungen, die sie besucht hat, wurde von vorneherein festgehalten, dass Haupt und Realschule auslaufen werden. Somit wurde keine Alternative zur Sekundarschule oder Gesamtschule gegeben. Der Fragebogen ermittelte die zu wählende Schule, wo die meisten Eltern aus den drei Jahrgängen die Realschule aussuchten. Zudem wurde abgefragt, ob eine Schule des gemeinsamen längeren Lernens interessant wäre. Lediglich die, die mit „Ja“ oder „eher Ja“ abgestimmt hatten, durften über Sekundar- oder Gesamtschule abstimmen. 25 % der Befragten, welche mit nein geantwortet hatten durften hier nicht mehr abstimmen. Da man durch die Informationsveranstaltungen bereits dazu gehalten war, dass es auf jeden Fall eine Sekundar- oder Gesamtschule wird, wurde auf dem Stimmzettel „ja“ angekreuzt, um überhaupt mitbestimmen zu können.

Frau Silke fragt an, ob man damals als Eltern getäuscht wurde und bereits damals der Erhalt der Realschule möglich gewesen wäre.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass die Fragebögen mit der Bezirksregierung abgestimmt wurden und Fragestellungen genehmigt wurden. Im Vorfeld zu den Informationsveranstaltungen war immer klar, sollte es sich um eine Schulformänderung handeln, würde dies auch Änderungen für die Schullandschaft von Emmerich bedeuten. Aufgrund der Schülerzahlen war es nicht möglich gewesen eine Gesamtschule und eine Realschule in ihrem Fortbestand zu sichern.

Das Ergebnis der Fragebögen war so eindeutig, dass man sich damals für die Gesamtschule entschlossen habe. Vor einem Täuschungsversuch verwahrt er sich.

Schulpflegschaftsvorsitzender, Ludger Hövelmann, der Hauptschule und Gesamtschule erklärt, dass er durch seine Tätigkeit Einblick in das Auslaufen der Hauptschule und das Heranwachsen der Gesamtschule hat. Bei der Hauptschule gibt es aktuell durch den Umzug einige große Baustellen. Bei der Gesamtschule ist es der Fachkräftemangel, welcher der Schule schadet. Zudem ist er als Elternteil selber betroffen, da ein Kind im Provisorium oder Entwicklungsphase seine Schullaufbahn absolviert. Er warnt davor, ein weiteres Provisorium, in Form einer neuen Schule, einzubringen. Ebenfalls wäre eine neue Schule, wie man sich diese heute vorstellt, nicht in dieser Form realisierbar, da die Schulhalte und pädagogischen Anforderungen nicht erfüllt werden können. Die verwandte Energie könne besser in den Aufbau der Gesamtschule investiert werden. Herr Hövelmann fragt an, ob die Politik oder die Verwaltung gegen diese neue Gesamtschule arbeiten möchte. Zudem fragt Herr Hövelmann an, warum die Politik nicht ein eindeutiges Statement zur möglicherweise zu gründenden Realschule abgeben will und hierdurch den Anschein einer noch offenen Fragestellung zeigt.

Bürgermeister Hinze erläutert, dass der Vorlage die Meinung der Stadtverwaltung recht deutlich zu entnehmen ist. Ziel ist es die Gesamtschule zu stärken, auf einen guten Weg zu bringen und zu einer erfolgreichen Schule zu machen. Letztendlich war dies Beschlussvorlage für den Rat.

Auf Seiten der Politik gibt es augenscheinlich noch Beratungsbedarf. Daher wird der TOP in der Schulplanungskommission am 15.11.2017 behandelt und kann dann hoffentlich mit einem klaren Ergebnis in den Schulausschuss am 21.11.2017 behandelt werden. Es ist dringend notwendig ein klares Signal für die Gesamtschule zu erhalten, um die Ziele einer erfolgreichen Gesamtschule zu erreichen.

Herr Hövelmann fragt an, ob der Elternwille sich in der Schulplanungskommission ebenfalls implementieren könne.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass die Schulplanungskommission eine Empfehlung an den Schulausschuss gibt. Der Tagesordnungspunkt wird somit am 21.11.2017 wieder öffentlich behandelt.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 13.06.2017

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichnet.

3. Information über das „Klevert Schulmodell“ Vorlage: 04 - 16 1237/2017

Bürgermeister Hinze führt an, dass der Vorlage alle wichtigen Information zu entnehmen sind. Für die nächsten zwei Jahre wird das Klevert Schulmodell durch eine Stiftung finanziert und belastet somit nicht den Haushalt der Stadt Emmerich am Rhein. Daher erfolgt die Vorlage nur zur Kenntnis.

Es wurden Gespräche mit der IHK und den Schulen vor Ort geführt. Das Klevert Schulmodell dient als sogenanntes Addon zu dem schon bekannten KAoA (Kein

Abschluss ohne Anschluss) und bietet eine eins zu eins Betreuung für Schüler, die es schwierig haben den Zugang zu Firmen zu finden.

Mitglied Bongers fragt an, ob die angebotenen Workshops freiwillig oder verpflichtend stattfinden.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass es nach den Gesprächen mit IHK und den Schulen gilt, jemanden zu finden, der die Brücke zwischen den Schulen und den Betrieben schlägt. Im Einzelnen ist es von demjenigen abhängig, der eingestellt wird. Zunächst mussten sich die Städte auf ein solches Programm verständigen. Nun sucht die IHK nach einem geeigneten Bewerber.

Mitglied Bongers merkt an, dass bei freiwilligen Workshops diejenigen durch das Netz fallen, die die zusätzliche Förderung am meisten brauchen. Bei verpflichtenden Workshops würden auch die mit ins Boot geholt werden, die nicht aus Eigeninitiative handeln.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass dies in der Ausgestaltung mit dem eingestellten Mitarbeiter und der Schulleitung liegt.

Mitglied Malischewski fragt zu Anlage 1 Seite 3 an, ob die Leistungsindikatoren zum erfolgreichen Abschluss der Maßnahme für ein Jahr aufgestellt sind oder dies für den gesamten Zeitraum gilt. Zudem stellt Mitglied Malischewski fest, dass die Kosten von der Stiftung getragen werden und somit der Kostenanteil für die Stadt Emmerich am Rhein entfällt.

Bürgermeister Hinze erläutert, dass sich die Gesamtkosten auf 60.000,- Euro belaufen. In der Vorlage ist beschrieben, wie sich die Kosten verteilen und diese hälftig von der IHK und der Stiftung übernommen werden.

Die Vorsitzende Braun verweist auf die Vorlage und die darinstehenden zwei Jahre.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

4. Klassenbildung an Grundschulen gem. 8. Schulrechtsänderungsgesetz; hier: Vorabinformation über zu bildende Eingangsklassen für das Schuljahr 2017/18 Vorlage: 04 - 16 1238/2017

Herr Loock erläutert die Vorlage. Es handele sich um ein wiederkehrendes Prozedere, wie in den letzten Jahren, jedoch mit aktualisierten Zahlen. Über das Rechenzentrum wurden die zukünftigen Schüler ausgewertet und den nächstliegenden Schulen zugeordnet.

In der ersten Spalte sind die Schüler insgesamt zu erkennen. Die zweite Zeile weist die Befreiung von der Schulpflicht aus und die dritte Zeile gibt Auskunft über die relevanten Schülerzahlen, welche für die Verteilung in Frage kommen.

Es ergeben sich voraussichtlich folgende Eingangsklassen:

Rheinschule	2	Eingangsklassen
Leegmeerschule	3	Eingangsklassen
Liebfrauenschule	2 - 3	Eingangsklassen
St. Georg-Schule Hüthum	1 - 2	Eingangsklasse/n
Michaelschule	2	Eingangsklassen
Luitgardisschule Elten	1	Eingangsklasse

Bei der Liebfrauengrundschule und der St. Georg-Schule entscheidet sich die Anzahl der Eingangsklassen nach dem Anmeldetag.

Die Termine für die Anmeldungen liegen Anfang November, kurz nach den Herbstferien. Die Anschreiben an die Eltern sind bereits versendet. Im nächsten Schulausschuss kann voraussichtlich die Festlegung erfolgen.

Vertretendes Mitglied Leypoldt fragt an, ob es Prognosen zu steigenden Schülerzahlen gibt oder gar einzelne Schulen gefährdet sind.

Herr Loock teilt mit, dass es keine Prognosezahlen gibt. Die Zahlen der nächsten Jahre sind jedoch bekannt. Eine Gefährdung von einzelnen Schulen ist auszuschließen. Lediglich die Unterbringung kann variieren, da in Leegmeer und Liebfrauen die Möglichkeit besteht, zwei oder drei Eingangsklassen zu bilden.

Vorsitzende Braun hält fest, dass ein Beschluss gefasst wurde, dass die Grundschulen gesichert sein sollen.

Mitglied Bongers fragt an, ob es im letzten Jahr Schwierigkeiten bei der Anmeldung gegeben habe.

Herr Loock erwidert, dass es vor zwei Jahren bei der Einführung leichte Problematiken aufgetreten sind. Aus dem letzten Jahr seien jedoch keine Probleme bekannt geworden.

Vertretendes Mitglied Gerritschen fragt an, ob die Befreiung für Elten lediglich bei drei Kindern liegt.

Herr Loock erklärt, dass bislang drei Befreiungen aus diesem Jahrgang vorliegen. Dies könne jedoch nach den Anmeldungen noch ansteigen. Es handelt sich nicht um abschließende Zahlen.

Vertretendes Mitglied Gerritschen wundert sich über die insgesamt 30 Kinder.

Herr Loock bestätigt, dass aus diesem Jahrgang lediglich 30 Kinder in Elten wohnhaft sind.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

**6. Information über die Schulbaumaßnahmen in Emmerich;
hier: Leegmeerschule
Vorlage: 04 - 16 1240/2017**

Frau Bremer begrüßt den Schulausschuss und weist darauf hin, dass für mögliche technische Fragen FBL 3 Immobilien – Herr Glapski anwesend ist. Mit der Firma Hausmann wurde in der Leegmeerschule die Phase 0 durchgeführt und der Raumbedarf ermittelt. Hieraus resultierte der Entwurfsplan mit drei Bauabschnitten. Der erste Bauabschnitt wurde durch den Rat beschlossen. Aktuell befindet man sich in der Umsetzung dieses Beschlusses. Es soll ein Neubau mit drei Unterrichtsräumen, ein Differenzierungsraum, der zentrale Lernbereich und ein Mehrzweckraum entstehen.

Der Vorlage ist ein Bauzeitenplan des Fachbereichs 3 angehängt. Dieser weist die verschiedenen Arbeiten aus, die in 2017 und 2018 ausgeführt werden.

Der Abriss in den Sommerferien konnte aufgrund von Verzögerungen im Genehmigungsverfahren nicht gehalten werden. Die Abbrucharbeiten wurden im September abgeschlossen. Nun folgen die Rohbauarbeiten, Zimmermannarbeiten und Dacharbeiten, welche bis zum Jahresende abgeschlossen werden sollen.

Der Innenausbau mit Sanitär, Elektro und Netzwerkverkabelung beginnt im Frühjahr 2018 und soll bis Mitte Juli abgeschlossen sein. Die Einrichtung auch mit Unterrichtsmedien erfolgt in den ersten Wochen der Sommerferien, sodass die Schule in der zweiten Ferienhälfte an Frau Scherer übergeben werden kann. Bislang läuft der Ausbau der Leegmeerschule planmäßig.

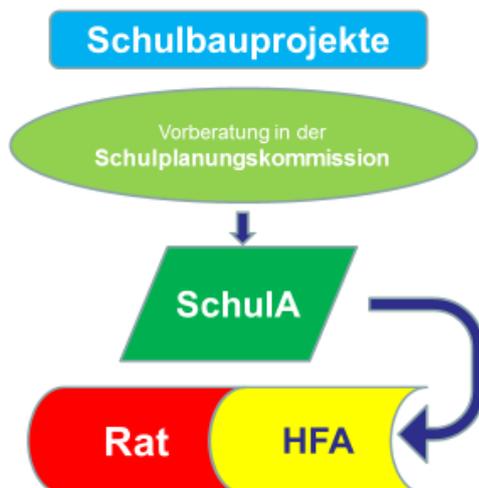
Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**7. Antrag auf einen regelmäßigen Projektstatusbericht Gesamtschule;
hier: Antrag Nr. XXV 2017 der CDU-Ratsfraktion
Vorlage: 04 - 16 1244/2017**

Frau Bremer berichtet über die Herangehensweise der Stadtverwaltung an die Schulbauprojekte. Der Schulausschuss dient hier als Gremium zur Bedarfsermittlung. Am Beispiel der Gesamtschule: Die Phase 0 der Firma Hausmann Architekten wurde durch den Schulausschuss in Abstimmung mit der Schulplanungskommission initiiert.

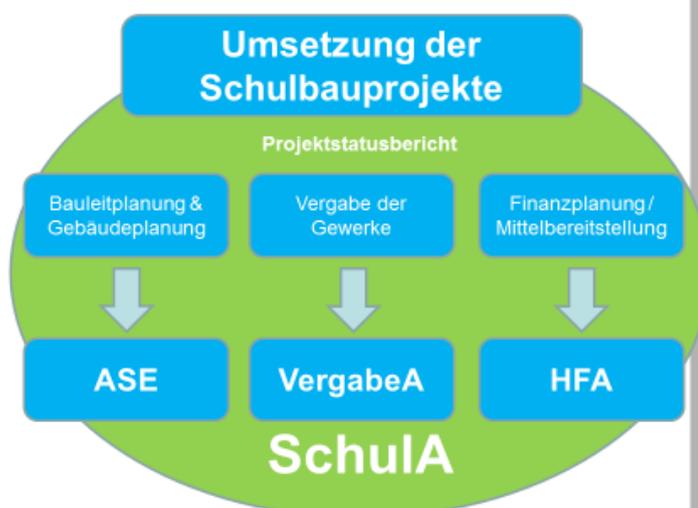
Letztendlich empfiehlt der Schulausschuss nach Vorberatung und Vorbereitung dem Rat und HFA, wie mit Schulbauprojekten umzugehen ist.



Aktuell befinde man in der Umsetzung der Schulbauprojekte. Die Fachbereiche 3 Immobilien und Fachbereich 5 Stadtentwicklung übernehmen die Bauzeitenplanung und Bauplanung und führen die notwendigen Beschlüsse im ASE herbei. Die Vergabe der Gewerke und Kostenübersicht wird unter Direktion des Fachbereichs 3 Immobilien im Vergabeausschuss behandelt.

Das Thema der Finanzplanung und Mittelbereitstellung wird im HFA beraten, welcher durch die Fachbereiche 3 Immobilien und Fachbereich 2 Finanzen vorbereitet wird. Hierunter fallen auch gewisse Förderprogramme, wie „Gute Schule 2020“. Zum 17.10.2017 tagt der HFA und berät über den Finanzierungsplan. Dies entspreche ebenfalls dem CDU Antrag.

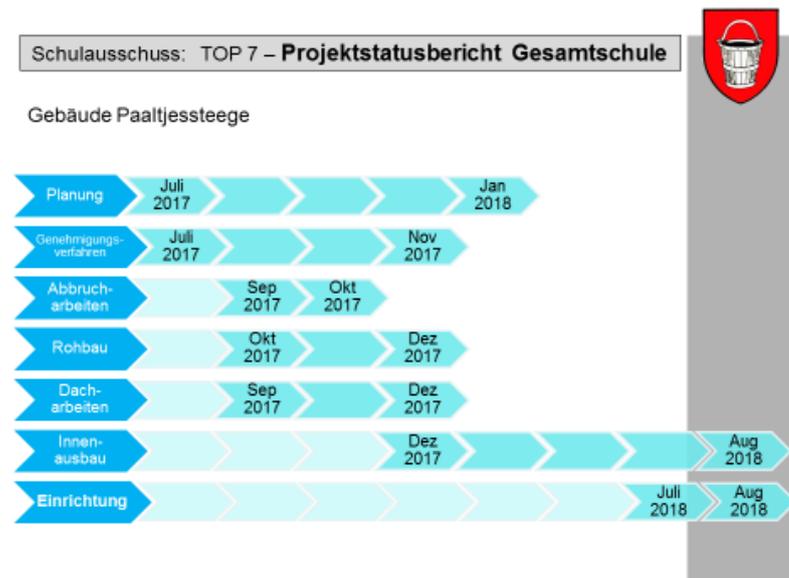
Der Schulausschuss fungiert in dieser Konstellation nicht als beschließendes Gremium. Es erfolgt eine Berichterstattung über die Sachstände. Hierdurch versucht die Stadtverwaltung eine größtmögliche Transparenz zu bieten, um regelmäßig Einblick in aktuelle Maßnahmen zu geben.



Frau Bremer erläutert die Projektstruktur. Verwaltungsintern muss aufgrund der Projektgröße eine gewisse Struktur eingehalten werden. Hervorzuheben ist die enge Verzahnung der verschiedenen Bereiche, welche eine aktuelle Informationsübermittlung und mögliche Risikovermeidung bietet. Siehe hierzu:



Frau Bremer stellt die Maßnahmen bzgl. der Paaltjessteege vor. Für die Paaltjessteege wurde beschlossen, die Umsetzung in Eigenregie durchzuführen. Die Maßnahmen erfolgen, wie folgt:



Frau Bremer stellt die folgenden Folien vor:

Schulausschuss: TOP 7 – **Projektstatusbericht Gesamtschule**



Erste Arbeiten am Gebäude:

- Entsorgung nicht mehr benötigter Einrichtungen
- Entsorgung nicht mehr benötigter Lehr- und Lernmittel
- Ausbau der alten Fachräume



Schulausschuss: TOP 7 – **Projektstatusbericht Gesamtschule**



Erste Arbeiten am Gebäude:

- Entfernung alter Fußbodenbeläge
- Entkernung der zentralen Toilettenanlage



Schulausschuss: TOP 7 – **Projektstatusbericht Gesamtschule**



Erste Arbeiten am Gebäude:

- Dacharbeiten



Schulausschuss: TOP 7 – Projektstatusbericht Gesamtschule



Die nächsten Arbeiten:

- Erneuerung der Fenster
- Rohbauarbeiten (im Gebäude)



Schulausschuss: TOP 7 – Projektstatusbericht Gesamtschule



Weitere Arbeiten:

- Parallel zu den ersten Baumaßnahmen erfolgen, bzw. erfolgten
- Erstellung eines neuen Brandschutzkonzeptes
 - Bauantrag
 - Arbeiten am Leistungsverzeichnis für die technische Gebäudeausstattung
 - Planungen unter Einbeziehung der Schule für die Fachraumplanung und Medienausstattung der Unterrichtsräume

Mitglied Leypoldt wundert sich über die Ruhe der CDU Fraktion in Hinsicht auf die Beantwortung des Antrages. Der Vorlage seien die Punkte Leistungszeit und Kostenrahmen, Abweichungen vom Plan und die Projektverantwortlichkeit zu entnehmen. Die zusätzliche Mittelbereitstellung über 1,44 Mio Euro sei jedoch nur aus den verschiedenen Punkten zu deuten.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass, wie bereits mit der Folie: „Umsetzung der Schulbauprojekte“ gezeigt, diese einzelnen Fragestellungen in den verschiedenen Gremien behandelt werden. Alle notwendigen Unterlagen und Informationen liegen den Fraktionen vor. Sie werden nur in unterschiedlichen Ausschüssen beraten. Die Problematik der Informationsbündelung sei jedoch verständlich. Der Schulausschuss greift jedoch die Kernpunkte auf und zeigt aktuell den Sachstand der einzelnen Maßnahmen der Gebäudeteile. Genauere Fragestellungen, wie z.B. die Kostenermittlung, sind bereits in dem jeweiligen Ausschuss geklärt und würden den Rahmen des Schulausschusses übersteigen. Die Fachleute sitzen dafür in den unterschiedlichen Ausschüssen.

Mitglied Leyboldt fragt an, ob die Fraktionen die einzelnen Informationen bündeln müssen oder eine Zusammenfassung durch die Verwaltung erfolgt.

Bürgermeister Hinze erwidert, dass er den Fraktionen die Zusammenfassung der Informationen zutraut. Eine erneute Zusammenfassung durch die Verwaltung würde einen doppelten, wenn nicht dreifachen Aufwand bedeuten, da in jedem Ausschuss Rückfragen erfolgen würden, die bereits in anderen Ausschüssen beraten wurden. Das riesige Projekt Gesamtschule würde somit den Rahmen der einzelnen Sitzungen übersteigen.

Vorschlag der Verwaltung ist somit die Information des Schulausschusses über die großen Thematiken. Hiernach könnten sich dann die Fraktionen zusammensetzen und sich mit den Mitgliedern aus den Fachausschüssen beraten.

Mitglied Bongers erwidert auf die erste Mitteilung des Herrn Leyboldt. Die CDU Fraktion ist nicht ruhig geblieben. Im Vorfeld zur Schulausschusssitzung wurde die Vorlage kritisch besprochen und Fragestellungen mit der Verwaltung geklärt. Im ersten Schritt hat die CDU Fraktion entschlossen, dass die grobe Übersicht besteht und nun noch Informationen zusammengeführt werden.

Frau Feldmann fragt bzgl. der Zeitschiene an, ob dieser Plan einzuhalten ist.

Frau Bremer erwidert, dass kein Anlass besteht hieran zu zweifeln.

Mitglied Malischewski bittet darum, den Antrag der CDU um einen Halbsatz zu ergänzen. Der Projektstatusbericht sollte mindestens sechs Mal im Jahr erfolgen.

Bürgermeister Hinze erläutert, dass beschlossen wurde, dass der Projektstatusbericht in jedem Schulausschuss mit den Oberthemen ergänzt wird. Die Fachspezifische Berichterstattung erfolgt natürlich in den Fachausschüssen.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Mitteilungen und Anfragen

8.1. Situation Europaschule; hier: Anfragen

Herr Oimann fragt bzgl. der Europaschule an, wann der Schulhof so eingerichtet wird, wie es der Schule versprochen wurde. Dies betrifft Pflasterung und Bänke, da die Schüler bei dem schlechten Wetter in den vergangenen Wochen im Matsch stehen. Hierdurch würden einige Schüler den Schulhof in Richtung Dorf verlassen, was wiederum zu disziplinarischen Maßnahmen führe. Eine umgehende Durchführung sei notwendig.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass bereits in den letzten Tagen telefoniert und sich auf einen Ortstermin verständigt wurde. Dieser kann gerne im Anschluss an die Sitzung konkretisiert werden.

Mitglied Malischewski wünscht einen Zugriff über WLAN auch in den Räumlichkeiten der Mensa der Gesamtschule, da hierdurch der Zugriff auf das Ratsinformationssystem unterbunden wurde.

Vorsitzende Braun stellt dem entgegen, dass es sich um eine Schule handle und die Tagung in den Räumlichkeiten auch wichtig sei.

Mitglied Bongers fragt an, ob der Ortstermin mit Herrn Hinze bzgl. der Verkehrssituation in Elten eine Entscheidung ergeben habe.

Bürgermeister Hinze fasst zusammen, dass es bei der Verkehrsproblematik um die „Anlieferung“ der Kinder in der Schule handle. Unter anderem ist auch der Fahrradständer relevant. Man ist jedoch mit der Schule im Gespräch, um eine Lösung zu finden.

Mitglied Bongers teilt mit, dass bereits Kursteilnehmer des Kneipvereins, welche unter anderem gehbehindert sind, Beschwerden über die schlechte Parksituation angebracht haben. Bei diesen Teilnehmern kann man nicht einfach auf andere Parkplätze in der Umgebung verweisen.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass diese Problematik bereits mit dem Ortsvorsteher angesprochen wurde und auch hier Lösungswege gesucht werden.

Vertretendes Mitglied Gerritschen hält fest, dass bei der Umzugsaktion der Europaschule Bücher abhandengekommen sind, welche für den Unterricht an der Europaschule benötigt werden. Er fragt an, ob bereits eine Lösung beschlossen wurde.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass leider die Lösung eine Neuanschaffung der Bücher ist.

Herr Oimann bestätigt, dass die Genehmigung der Beschaffung bereits erfolgt ist.

9. Einwohnerfragestunde

Die Vorsitzende Braun stellt keine Einwohnerfragen fest.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19:07 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 19. Oktober 2017

Elisabeth Braun
Vorsitzende

Jannik Visser
Schriftführer